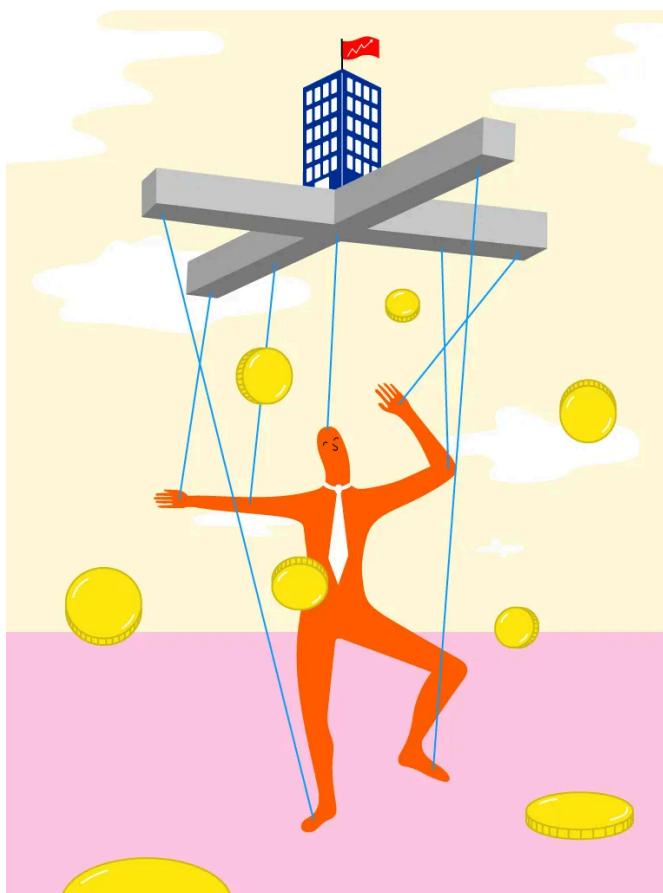


Beruf: Parlamentarier – nicht ganz unabhängig

National- und Ständeräte verdienen nicht sehr viel, und für einen Beruf daneben bleibt ihnen kaum Zeit. Deshalb haben sie in den letzten fünf Jahren 20 Prozent mehr bezahlte Mandate angenommen, wie unsere Auswertung zeigt.

Von [Philippe Albrecht](#) (Text) und Stef Mosebach (Illustration), 22.10.2025



Wer sich gesund ernähren will, sollte beim Käse sparsam sein und noch sparsamer bei der Wurst. Das weiß auch der St. Galler Mitte-Ständerat Benedikt Würth. Doch als Präsident von AOP-IGP, dem Verband hinter den Ursprungsbezeichnungen von Lebensmitteln, vertritt er bei seiner politischen Arbeit im Parlament viele Schweizer Hersteller von Käse und Wurstwaren. Und in dieser Rolle kann er nicht zulassen, wenn die zwei Erzeugnisse als ungesund deklariert werden.

Deshalb hat Würth vor zwei Jahren eine Motion eingereicht, die auf den sogenannten Nutri-Score zielte. Mit seinem Vorstoss sollte die Nährwert-Kennzeichnung in Ampelfarben eingeschränkt werden. «Entscheidend für die Gesundheit ist (...) eine ausgewogene Ernährung», schrieb Würth in seinem Vorstoss, «nicht der isolierte Blick auf ein einzelnes Produkt.»

Berufllich hatte Benedikt Würth nie etwas mit Wurst und Käse zu tun. Der Jurist ist Experte für Verwaltungstätigkeiten und öffentliche Finanzen. Er sass im Kantonsrat, war Gemeindepräsident von Rapperswil-Jona und St. Galler Regierungsrat. 2019 rückte er als Nachfolger von Karin Keller-Sutter in den Ständerat nach. Wer heute einen Blick auf seine bezahlten Mandate wirft, stösst auf eine breite Palette von Branchen und Themen. Er sitzt unter anderem in den Verwaltungsräten der Südostbahn, des FC St. Gallen, einer Investmentfirma und einer Metallbaufirma.

Als Benedikt Würth ins Parlament kam, hatte er die meisten dieser Jobs noch nicht. Erst sein Amt und sein politischer Einfluss auf Bundesebene ermöglichen ihm den Zugang zu diesen Firmen. So sieht es auch bei vielen anderen Mitgliedern des National- und Ständerats aus. Sie nehmen bezahlte Ämter an, die wenig oder nichts mit ihrem ursprünglichen Beruf zu tun haben – und werden so zu Interessenvertreterinnen.

Das allerdings läuft dem Prinzip des Milizparlaments zuwider. Gemäss diesem sind die National- und Ständeräte keine Berufspolitikerinnen, sondern üben ihr parlamentarisches Amt nebenbei aus und gehen hauptberuflich einer Arbeit nach. Die Erfahrungen und das Wissen aus ihrem Beruf bringen sie dann im Parlament ein. So weit das Prinzip.

In der Realität aber brauchen die Bundesparlamentarier ihre Zeit heute mehrheitlich für die Politik. Immer weniger von ihnen gehen nebenbei ihrem eigentlichen Beruf nach. Ein Grund dafür ist, dass die politischen Geschäfte und ihre Komplexität zunehmen. Ein Posten im National- oder Ständerat entspricht heute etwa einem Pensem von 71 bis 87 Prozent.

Dass diese Entwicklung immer weniger mit dem Prinzip des Milizparlaments vereinbar ist, weiss man seit Jahren. Weniger bekannt ist, wie sie sich konkret auf die bezahlten Mandate der Parlamentarierinnen auswirkt: Gibt es immer mehr davon? Und um welche Nebentätigkeiten geht es?

Deshalb hat die Republik – aus Anlass der Legislaturhalbzeit – die bezahlten Nebenämter nachgezählt und mit früheren Zahlen verglichen. Damit lässt sich erstmals die Entwicklung in den letzten fünf Jahren abbilden. Weiter zurück lassen sich keine Aussagen machen, weil die National- und Ständeräte erst seit Dezember 2019 angeben müssen, ob ihre Nebenämter bezahlt sind oder nicht.

Ich will es genauer wissen: Wie ging die Republik vor?

Unsere Grundlage war das öffentliche Register der Interessenbindungen der Bundesversammlung. Hier zählten wir die bezahlten Nebenämter der National- und Ständerätinnen. Wir taten das auf zwei Arten: Für die Darstellung aller bezahlten Mandate (Grafik 1) und die Aufteilung auf die Parteien (Grafik 3) zählten wir diejenigen Mandate in Firmen nicht mit, die den jeweiligen Parlamentariern gehören oder von ihnen mitgegründet wurden. Für die Darstellung der Jobs mit tiefem Pensum (Grafik 2) siebten wir zusätzlich Ämter in regionalen Ausschüssen oder Kommissionen, in Verwaltungen und Parteien sowie operative Tätigkeiten aller Art (Sekretariat, Geschäftsstelle, Direktion usw.) aus. Was blieb, waren bezahlte Mandate in Vereinsvorständen, Verwaltungsräten, Stiftungen und Beiräten.

Wir können dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da die Mitglieder der Bundesversammlung für die Vollständigkeit der Angaben selbst verantwortlich sind. Es gibt keine systematische Kontrolle der Parlamentsdienste. Wo wir auf offensichtliche Fehler gestossen sind, wenn etwa ein bezahltes Amt als unbezahlt oder ein Beiratsmandat falsch deklariert wurde, haben wir das in unserer Auswertung berücksichtigt. Wenn Mandate doppelt aufgeführt wurden, haben wir sie nur einmal gezählt.

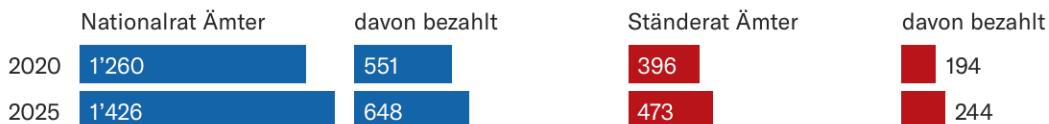
Hohe Entschädigung, tiefes Pensum

Unsere Auswertung hat in einem ersten Schritt ergeben, dass die National- und Ständerätinnen heute 20 Prozent mehr bezahlte Mandate haben als noch vor fünf Jahren. Konkret haben die 246 Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung heute 892 bezahlte Nebentätigkeiten. Im August 2020 waren es erst 745 (frühere Zahlen gibt es nicht).

Dabei geht es um Mandate, die die Parlamentarierinnen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht halten würden, sässen sie nicht im nationalen Parlament.

Ein Fünftel mehr Nebenjobs in fünf Jahren

Veränderung der Anzahl Nebenämter in National- und Ständerat



Grafik: Philipp Albrecht • Quelle: öffentliches Register, eigene Auswertung

In einem zweiten Schritt haben wir die bezahlten Mandate kategorisiert und uns auf jene mit einem tiefen Pensum konzentriert. Das sind Positionen in Vorständen von Vereinen, Firmen und Stiftungen oder Beratungsmandate. Es sind Beschäftigungen, die wie geschaffen sind für National- und Ständeräte. Sie machen heute rund 80 Prozent aller bezahlten Mandate aus.

Mit Vereinen sind hier aber keine Turn- oder Gesangsvereine gemeint, sondern ausschliesslich Verbände wie der Gewerbe-, der Hauseigentümer- oder der Bauernverband. Verein ist dabei lediglich die Rechtsform.

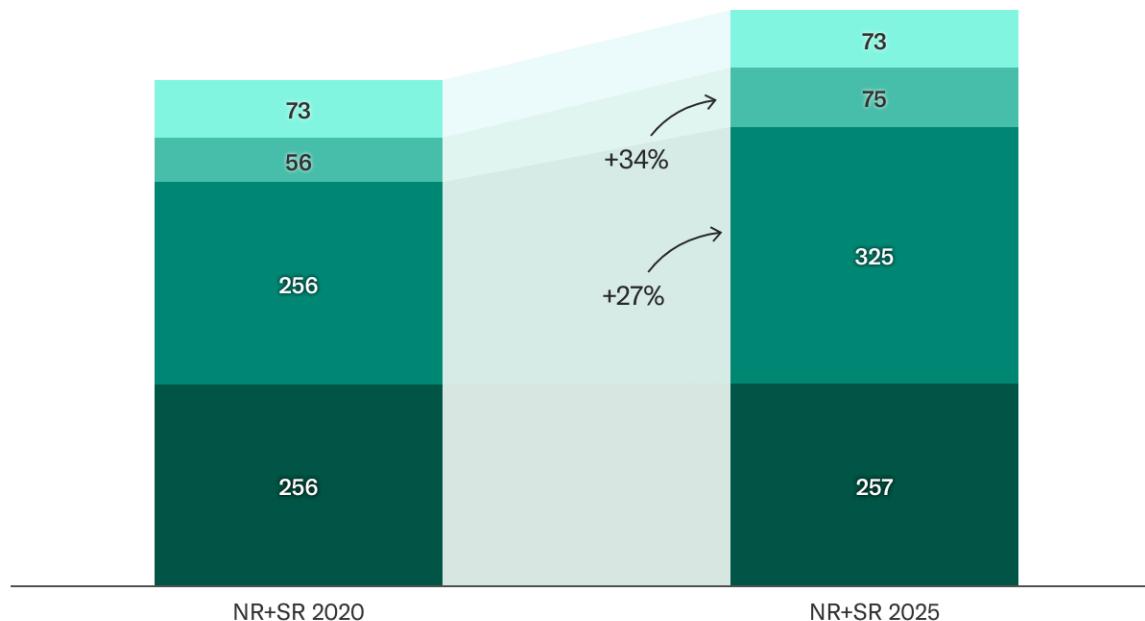
Bei den Beratungsmandaten ist mehrheitlich von Posten in sogenannten Beiräten von Firmen, Verbänden oder Stiftungen die Rede. Also von Mandaten, die keinerlei organisatorische Verantwortung und deshalb einen noch tieferen zeitlichen Aufwand mit sich bringen.

Bemerkenswert an unserer Auswertung ist, dass die Zunahme der bezahlten Mandate vor allem auf die Posten in den Verbandsvorständen und Beiräten zurückgeht – um 27 Prozent in den Verbänden und sogar um 34 Prozent in den Beiräten.

Deutlich mehr Mandate in Verbänden und Beiräten

Anzahl Nebenjobs als Beraterinnen (Beirat) und in Unternehmen (VR), Verbänden und Stiftungen

● Stiftungsrat ● Beirat ● Verbandsvorstand ● Verwaltungsrat



Grafik: Philipp Albrecht · Quelle: öffentliches Register, eigene Auswertung

Ein beträchtlicher Teil der Zunahme bei den Verbandsjobs ist auf den Ständerat zurückzuführen. Die Mitglieder der kleinen Kammer haben in den letzten fünf Jahren 44 Prozent mehr solcher Mandate gesammelt.

Besonders Ständerätinnen der Mitte- und FDP-Fraktion haben heute gleich mehrere bezahlte Verbandsposten. Ganz vorne mit dabei ist etwa Damian Müller von der FDP mit fünf solcher Mandate aus der Gesundheits- und der Fleischwirtschaft oder seine Parteikollegin Johanna Gapany mit ebenso vielen Mandaten, unter anderem im Haus-eigentümerverband und im Verband des Lebensmittelproduzenten Primavera.

Unsere Auswertung hat auch ergeben, dass ein Mitglied des Ständerats durchschnittlich 5,3 bezahlte Mandate hat, eines des Nationalrats dagegen nur 3,2. Das ist kein Zufall, weil im kleineren Ständerat mehr politische Macht auf eine Person entfällt als im grösseren Nationalrat. Das bedeutet auch, dass Ständeräte in mehr Fachkommissionen sitzen. Und jemand, der in einer bestimmten Kommission sitzt, gilt für den Rest des Parlaments oft als Experte der dort behandelten Themen. So wie Benedikt Würth, der als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und

Kultur für seinen Verband AOP-IGP Gold wert ist, um den Nutri-Score in der Schweiz zu schwächen und damit die eigenen Wurst- und Käsewaren zu stärken.

Wie lukrativ sind die Nebenjobs?

Die Liste von Benedikt Würths Nebenjobs zeigt zudem beispielhaft, wie man sich mehr Zeit für das politische Amt freimacht und gleichzeitig ein hohes Einkommen sichert. Wie er sind Parlamentarier häufig in unterschiedlichen Funktionen gleichzeitig unterwegs: als Verwaltungsrat, Verbandsvorstand und Beirat.

In einem öffentlichen Transparenzregister müssen sie zwar angeben, ob die Mandate bezahlt sind, aber nicht, wie viel sie damit verdienen. Mehrere Vorstösse, die mehr Transparenz über die Höhe dieser Vergütungen verlangten, scheiterten bisher an der bürgerlichen Mehrheit im Parlament.

Aus diesem Grund können wir nur schätzen, wie viel die National- und Ständerätinnen mit ihren Mandaten verdienen. Zum Beispiel anhand von Durchschnittslöhnen. Verwaltungsräte in kleineren und mittleren Unternehmen verdienen durchschnittlich 21'000 Franken pro Jahr bei einem jährlichen Aufwand zwischen 24 und 100 Stunden. Rechnet man das auf Benedikt Würths acht VR-Sitze hoch, verdient er schätzungsweise 168'000 Franken pro Jahr. Für sein einziges Vereinsmandat als Präsident von AOP-IGP dürfte Würth zusätzlich einen tiefen fünfstelligen Betrag erhalten.

Wie viel Würth tatsächlich verdient, wissen nur er und die St. Galler Steuerbehörden. Gegenüber der Republik nennt er weder Entschädigungen noch Pensen. Er arbeite «deutlich mehr als die üblichen 42 Stunden», schreibt er in einer E-Mail. Seine bezahlten Mandate, die er als «privatwirtschaftliche Tätigkeit» bezeichnet, würden sich auf Aufgaben beziehen, die einen Bezug zur Region Ostschweiz hätten und mit denen er sich auch inhaltlich identifizierte. «Entsprechend habe ich für mich persönlich keine Konflikte.»

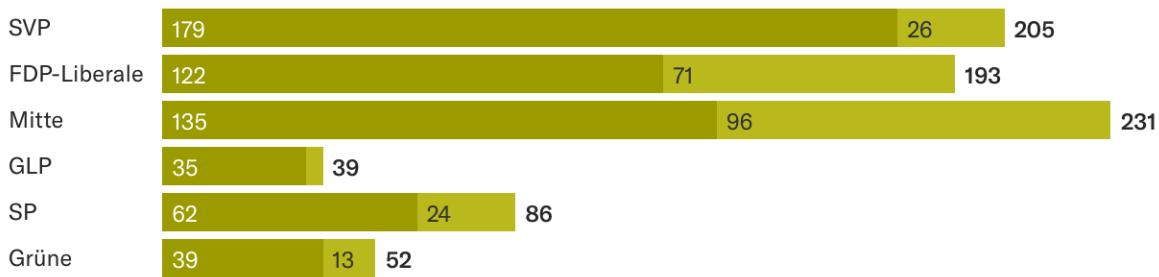
Dass Würth als Bürgerlicher nicht darüber sprechen will, was er mit seinen bezahlten Nebenämtern verdient, ist nicht aussergewöhnlich. Wenn der Verein Lobbywatch jeweils die Mitglieder von National- und Ständerat befragt, wie viel sie mit ihren bezahlten Ämtern verdienen, erhält er fast ausschliesslich von den links-grünen Parlamentarierinnen eine Antwort (aber selbst da nicht von allen).

In unserer Auswertung haben wir auch die Verteilung der bezahlten Mandate auf die Parteien untersucht. Wenig überraschend zeigt sich dabei, dass die Mitglieder von Mitte-rechts deutlich mehr bezahlte Mandate haben als die der Linken. Mit 231 Jobs führt Die Mitte die Rangliste an, also die Partei, die im Parlament als Mehrheitsbeschafferin bekannt ist, was für Interessengruppen sehr wertvoll ist. Es folgen die SVP mit 205 und die FDP mit 193 Jobs. Nur noch 86 bezahlte Mandate sind es bei der SP, 52 bei den Grünen und 39 bei der GLP-Fraktion.

Die Mitte überragt alle

Anzahl bezahlter Mandate nach Fraktionen in National- und Ständerat

● Nationalrat ● Ständerat



Grafik: Philipp Albrecht • Quelle: öffentliches Register, eigene Auswertung

Im öffentlichen Register ist zudem ersichtlich, dass linke Vertreterinnen deutlich mehr unbezahlte als bezahlte Mandate haben. Gleichzeitig wissen wir aus Gesprächen mit Volksvertretern und aus anderen Recherchen, dass die bezahlten Mandate der linken Vertreterinnen schlechter bezahlt sind als die der rechten.

Zudem arbeiten viele Linke nebenbei öfter in operativen Jobs mit einem fixen Pensum oder kommen mit dem staatlichen Bruttolohn für ihre parlamentarische Arbeit aus, der zwischen 74'000 und 82'000 Franken liegt. Diese Entschädigung erhalten im Übrigen alle Mitglieder des Parlaments, unabhängig davon, wie viele bezahlte Jobs sie nebenbei haben.

Mehr Jobs, mehr Abhängigkeit

Bleibt die Frage nach dem Einfluss des Geldes. Ist ein bezahltes Mandat effektiver als ein unbezahltes, um Einfluss zu nehmen? Aus der Forschung ist bekannt, dass mehr Geld nicht automatisch zu mehr politischem Erfolg führt. Das gilt insbesondere für

Wahlkämpfe. Bislang ungeklärt ist, ob sich diese Erkenntnis auch auf Nebenjobs von Parlamentarierinnen übertragen lässt.

Gerade bei der Frage, welche Branche mit ihren bezahlten Mandaten am meisten Einfluss hat, lassen sich keine klaren Aussagen machen. Das hat auch damit zu tun, dass innerhalb gewisser Branchen ganz unterschiedliche Ziele angestrebt werden. Besonders gut sichtbar ist das bei der im Parlament stark vertretenen Gesundheitsbranche: Eine Krankenkasse hat oft ganz andere Ziele als ein Spitalverband, ein Spitex-Vertreter setzt sich im Parlament nicht für das Gleiche ein wie die Präsidentin eines Pharmaverbands.

Aufgrund unserer Auswertung lässt sich aber sagen, dass die Interessen der Landwirtschaft, der Finanz- und Versicherungsbranche, des Autohandels, der Haus-eigentümer, der Energiewirtschaft und der gewinnorientierten Bereiche der Gesundheitsbranche besonders stark vertreten sind.

Dass damit andere Bereiche und Gruppen zu kurz kommen, ist klar. Aus rechtlicher Sicht gilt das grundsätzlich als unproblematisch. Interessenbindungen stellen laut Rechtswissenschaftlerin Odile Ammann von der Universität Lausanne sogar eine Ausprägung des Milizsystems dar: Staat und Zivilgesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, verflechten sich. Es fliessen Erfahrungen und Expertisen in den Gesetzgebungsprozess.

Das ist allerdings eine theoretische Perspektive. In der Praxis können solche Verbindungen zu einer Art Weisungsgebundenheit führen: «Wenn ein Parlamentsmitglied in die Gesundheitskommission seines Rates gewählt wird und kurz darauf ein grosszügig entlohntes Mandat einer Krankenkasse annimmt, stellt sich die Frage, ob er oder sie noch frei handelt», sagt Ammann.

Zudem sei es problematisch, wenn sich das Parlament zunehmend auf Interessengruppen ver lasse, um Gesetze zu schaffen: «Solche Abhängigkeiten widersprechen dem verfassungsrechtlichen Auftrag des Parlaments, im öffentlichen Interesse zu handeln.»

Fest steht: Wenn die bezahlten Mandate so weiterwachsen wie seit 2020, wird es für das Parlament immer schwieriger, unabhängig zu arbeiten. Aus wissenschaftlicher Sicht lasse sich sagen, so Odile Ammann, dass das Milizparlament nicht mehr Realität sei: «Faktisch haben wir heute ein Halbberufsparlament.»

Am Ende war Benedikt Würth übrigens erfolgreich mit seiner Motion gegen den Nutri-Score. Der Vorstoss regte im Parlament eine ausführliche Diskussion an, die im Nationalrat sogar in einem kleinen Gefühlsausbruch des Aargauer SVP-Mannes Alois Huber am Rednerpult gipfelte. Am Ende kam Würths Vorstoss – entgegen der Empfehlung des Bundesrats – in beiden Kammern durch.

Für den Verband AOP-IGP hat es sich offenbar gelohnt, den St. Galler Ständerat anzustellen. Auch wenn wir wohl nie erfahren werden, zu welchem Preis.